

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 6.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Postgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Volkankalten entgegen.

★ Zum 9. November 1920 ★

Tag des Jornes!

Von Hans Bloch.

Kein Feiertag ist's, der uns am 9. November wird. Kein Gedenktag, den wir mit lautem Jubel, mit Tambeln und Pauken grüßen! Zu schwer lastet der schneidende Gegensatz auf uns, der zwischen den Verheißungen des 9. November 1918 und den Enttäuschungen des 9. November 1920 klafft.

Nicht ein Feiertag, ein Tag des Protestes, ein Tag des heilpauschäumenden Jornes wird uns der 9. November sein. Dieser Tag, da zum zweitenmal sich ein Jahresring der deutschen Republik vollendet, da der Blick zum Verweilen, zum Zurückschweifern auf die zurückgelegte Bahn geladen wird, wühlt alles in uns auf, was wir hinunterschluden mußten an Enttäuschungen und Erbitterndem. Wir sehen die Trümmer der zerstörten Hoffnungen, der unerfüllten Forderungen, der dahingeschwundenen nicht genutzten Möglichkeiten am Rande des Weges, den wir seit dem Zusammenbruch des wilhelminischen Systems durchschritten.

Unser Gedenken ist nicht stolzer Jubel über erfolglosem Sieg, unsere Arbeitsruhe ist nicht die festliche, genickende Ruhe nach sicherem Ertrag schwerer Mühe und heißen Kampfes — unser Gedenken ist Scham und Jora, unsere Arbeitsruhe ist Sammlung zum Kampf, ist Gebühnis und Manifest, ist ein trotziges, donnerndes: **Trotz alledem!** für uns und für die Ohren der Feinde.

Sie sind stärker und stärker geworden in diesem zweiten Jahr der „neuen Zeit“, sie haben Bastionen auf Bastionen vorgeschoben seit dem ersten Jahrestag der Revolution. Sie wagen heute mehr denn je. Herausfordernd werfen sie uns ihren giftigen Haß gegen den Gedenktag des Zusammensturzes ihrer einstigen Herrlichkeit ins Gesicht. Von den Deutschnationalen bis zu den sogenannten Demokraten sind sie einig in diesem Haß gegen die Erhebung einer regierten, verzweifeltsten Volkes, einig in der Beschuldigung, in der Beschimpfung und Verleumdung der Revolution. Sie möchten den Tag, da das deutsche Proletariat unerträglich gewordene Fesseln brach und morsche Throne zerbrach, da es die ungeheuren Glieder rekte und die kapitalistische Herrlichkeit zwar nicht zertrümmerte, aber doch in ihren Grundfesten erbeben ließ, da es zwar seine Verdäcker — leider — noch nicht völlig abschüttelte, aber ihnen doch zeigte, daß es die Kraft dazu haben wird, wenn es sich mit der vollen Erkenntnis seiner historischen Aufgabe erfüllt hat, sie möchten diesen Tag aus dem Kalender, aus dem Gedächtnis der Menschheit streichen können. Sie möchten ihn begraben unter den Schmutzbergen ihrer Verleumdungen. Sie jähren über Verleugung ihrer Gefühle, wenn eine Regierung wie die Sachsens, deren Rechtsmittel die Revolution ist, ihr an ihrem Jahrestag eine schlichtere Reuerenz erweist. Sie, die den Teufel nach der Verleugung der Gefühle anderer fragen, die unbekümmert um die Gefühle des Proletariats den Tag mit Pauken und Trompeten, mit Pomp und Klitter, mit Gelagen und Schmausereien bis zum Erbreehen feiern würden, an dem sie die gehähte Republik stürzen und das schändliche System der Niederhaltung der „begehrenden Massen“, als dessen Verkörperung sie den Monarchen zurückkehren, mit Hilfe der Gewalt des weißen Schredens wieder in voller Unumschränktheit aufrichten könnten.

Von der Spitze des Reiches bis zum letzten Speikerstammisch hängt dieser Haß des Bürgertums auf gegen den Tag, der noch lange nicht die Befreiung des Proletariats gebracht hat, der aber einige Schritte näher an dieses Ziel heranzuführen, der den Weg dahin ebnet und freimachen könnte. Von der Reichsregierung bis zu den Räten der Städte und Dörfer ergeben die herausfordernden Abfragen an die Gedenkfeier der Revolution. Überall, wo das Bürgertum seine Herrschaft noch behaupten oder schon wieder aufrichten konnte, benutzte es sie, den Geduldsstand der Republik zu bespielen und seine Feiler nach Möglichkeit zu fördern. Im Rat der Stadt Leipzig gebraucht das Bürgertum die Mehrheit, die ihnen dank des Instituts der besetzten Stadträte unbenutzte Weise blieb, um den Willen der sozialistischen Mehrheit der städtischen Wähler mißachtend beiseite zu schieben. Und die Reichsregierung ergreift nicht minder beflissen die Gelegenheit zu zeigen, daß sie im innersten Herzen die bitterste Feindin der Republik ist, die sie angeblich betreut.

Also herrlich weit haben wir in zwei Jahren deutscher Republik gebracht. Ist freilich anders nicht möglich, wenn die offenen Feinde der Republik, die erklärten Monarchisten, die Deutschen Volksparteiler, richtiger Stinnespartei, in der Regierung des Reiches sitzen neben den verschämten Freunden der Monarchie und den verdächtigen und lauen Bekennern der Republik, den **Klerikalen und Demokraten.** Sicherlich hätte die Gegenrevolution diese

Machtposition längst zum Staatsstreich benutzt, wenn ihr nicht das Mißlingen des Kapp-Putsch gezeigt hätte, daß mit dem Widerstand des Proletariats nicht zu spaßen ist. Aber in der Orgeß sucht sie sich die Waffe zu schaffen, die auch diesen gefährlichen Widersacher fällen kann.

Die Reichstagswahlen haben die Gegenrevolution in diese, den Bestand der Republik täglich bedrohende Nachstellung gebracht. Ihr Ausgang war vorauszu sehen und wurde vorausgesehen. Es mußte so kommen nach der jämmerlichen Politik, die die Rechtssozialisten im Bunde mit Zentrum und Demokraten getrieben hatten. Nur eine Politik großer Ziele und fester, unerbittlicher Entschlossenheit hätte die schwankenden Wählerstimmungen, die unter dem Eindruck des katastrophalen Zusammenbruchs des alten Systems im Januar 1919 nach links schwenkten, dort erhalten können. Die Politik der Koalition, die stets auf zwei Achsen trug, die weder bürgerlich noch proletarisch war, die den unmöglichen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu suchen vorgab, in Wirklichkeit aber nur ohne festen Kurs von Augenblicksauswärtung zu Augenblicksauswärtung taumelte, von einem großartigen und schnell gebrochenen oder vergessenen Versprechen zum andern, eine solche Politik mußte große Wählermassen je nach ihrer Klassenlage und dem Grad ihres Klassenbewußtseins nach links oder rechts abstoßen, zumal die notwendigen verheerenden Folgen des Kriegsverbrechens und des Sieges des Ententeimperialismus der gegenrevolutionären Demagogie fruchtbaren Boden bereiteteten. Nur auswieße der enttäuschten revolutionären Arbeiter wurden dem Putschismus in die Arme getrieben, der dann den Boden abgab für die Wiederaufrichtung des Militarismus unter Koskes blutiger Führung. Unfähig zu sozialistischer Politik, unfähig, sich aus den Verirrungen ihrer Kriegspolitik wieder auf den Boden sozialistischer Grundzüge zurückzufinden, erwiesen sich die Rechtssozialisten um so fähiger, die Politik des Polizeistats, der gewalttätigen Unterdrückung nachzunehmen, die ihnen die Bismarck, Puttkamer und ihre Nachfolger gezeigt hatten. Gatten sie den Arbeitern keinerlei begeisterndes Ziel zu zeigen, keinen Weg zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, so boten sie ihnen zum Ausgleich blaue Bohnen.

Die Kluft zwischen diesen angeblichen Sozialisten und dem Klassenbewußten Proletariat wurde so groß, daß die Ebert, Scheidemann, Bauer und Genossen mit Grauen dem Tag der Wahlen entgegen sahen. Und doch hätten sie, trotz ihrer gehäuften Sünden, trotz des frischen Verbrechens vom 13. Januar, da das Blut wehrloser Demonstranten gegen ein jämmerlich unzulängliches Vertriebsrätegesetz das Pflaster am Reichstagesgebäude färbte, trotz der ihm folgenden niederträchtigen Razzia auf die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie, deren mehr als einen Monat dauernde Unterdrückung die rechtssozialistische Schuld an dem Blutbad vertuschen und nach links überwälzen sollte, trotz alledem hätten die Scheidemänner noch die Möglichkeit gehabt, ihre Position wieder zu festigen und ihre Schuld wieder gut zu machen. Wenn sie nach dem Kapp-Putsch, als die Gegenrevolution erschüttert und durch entschlossenen Angriff weiter zurückgeworfen werden konnte, sich zur Umkehr, zu einer wirklich sozialistischen Politik, zu einem Bruch mit der bürgerlichen Koalition und der formalen Demokratie hätten entschließen können, so hätte damals bei Kühnem Gorgehen der politischen Entwicklung des Reiches noch eine starke Wendung zugunsten des Proletariats gegeben werden können. Aber auch diese letzte, in ihren Möglichkeiten so wiederkehrende Gelegenheit erkannten die Rechtssozialisten mit ihren in der Zusammenarbeit mit Bürgerlichen blinde gewordenen Augen nicht. Oder sie wagten sie nicht zu ergreifen, weil sie die Angst vor dem „deutschen Bolschewismus“, vor der Rätediktatur zu willfährigen Gefangenen der Bourgeoisie machte. Die Politik, die sie nach dem Kapp-Putsch trieben, war, gemessen an den Möglichkeiten, noch kläglicher, noch verräterischer am Proletariat, denn vorher. Die Kapp-Banden durften landauf, landab, in Mecklenburg und um Berlin, in Thüringen und Sachsen an der Arbeiterschaft ihre Wut über den vom Proletariat bereiteten Staatsstreich auslassen, und zum Schluß wurde die Mittwilt-Soldateska und die Aufod-Schar auf die Arbeiter des Ruhrreviers losgelassen. Tausende von Proletariern, die gegen die Staatsreichsbauten die Waffen ergriffen hatten, wanderten in die Gefängnisse, soweit sie nicht gestandrechtigt wurden, während die Macher des Putsches unbehelligt blieben. Mit einer ungeheuren Vermehrung ihres

Schuldpostens gingen die Rechtssozialisten in den Wahlkampf und bekamen die verdienten Siege

Nicht alles, was sie verloren, konnte die Unabhängige Sozialdemokratie gewinnen. Aber sie gewann, was das Beste war unter der bisherigen Anhängerschaft der Rechtssozialisten, sie gewann die industrielle Arbeiterschaft der Großstädte, den Stoßtrupp der Revolution. Die Unabhängige Sozialdemokratie wurde in diesen Wahlen die Massenpartei des revolutionären Proletariats, Sie bewies durch die Werbekraft, die ihre Politik, ihr Programm entwickelte, sie zeigte, indem sie die Rechtssozialisten in vielen wichtigen Industriezentren überflügelte, daß sie die Zukunft des Sozialismus in Deutschland, die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse in sich verkörperte. Daß sie berufen und fähig war, die Lücke, die das Versagen und der Verrat der Rechtssozialisten gerissen, auszufüllen.

Bis der Anschlag Moskaus, bis das Spaltungsunternehmen der russischen und deutschen Kommunisten all diese Hoffnungen, all diese Aussichten wieder zu zertrümmern drohte! Auch die Kommunisten sind nicht ohne Schuld an dem bisher so traurigen Verlauf der deutschen Revolution. Ihre Putschpolitik, in die sie trotz zeitweiser richtiger theoretischer Erkenntnisse ihrer Verderblichkeit immer wieder verfielen, sobald ihnen die Möglichkeit einer „Aktion“ gegeben schien, hat die Zersplitterung der Arbeiterschaft gesteigert, und die tonierrevolutionären Angli- und Gewaltinstinkte im Bürgertum und Rechtssozialisten mächtig gestärkt. Aber das höchste Schuldverbrechen der Kommunisten heißt Halle! Wir haben wahrlich keine Zeit, Feste zu feiern — aber allen Grund, einen Tag des Jornes zu begehen.

Nicht des ohnmächtigen Jornes, nicht der latenten Verzweiflung. Unser Jora soll gleich dem Gewitter sein, reinigend, aufklärend, zur Tat spornend.

Halle war ein Anschlag, aber kein Gefangen. Das Bild des haßgeleiteten Saaks, das nach dem Auszug der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten aus dem Kongresslokal sich dem Beschauer bot, die Zahlen, die das Abstimmungsergebnis über die Resolution Däumig-Stoeker aufweist, sie täuschten. Die Mehrheit dieses Parteitages war nicht die Mehrheit der U. S. D. Die Partei steht, von einigen Ausnahmebezirken abgesehen, im wesentlichen unerschüttert, und überall regt sich der feste Wille, die Lücken in den Reihen, die der Auszug der Kom-Kommunisten gerissen hat, wieder zu füllen. Die Rechnung der Kommunisten war verfehlt, der revolutionäre deutsche Arbeiter verabscheut den Sumpf des Reformismus zur Rechten, aber nicht minder die Niederungen des Putschismus und der Führerdiktatur auf der Seite der Kommunisten. Er steht mit ganzem Herzen und all seinen Kräften zur russischen proletarischen Revolution, deren dritter Jahrestag, der 7. November, auch ihm ein Tag des Gedenkens und der Erhebung ist, der sich ihm einfügt dem Jahrestag der deutschen Revolution. Aber deshalb gibt er seine Selbständigkeit gegenüber Methoden der russischen Kommunisten nicht auf und wehrt sich gegen ihre schematische Uebertragung auf Deutschland. Die deutschen Nachbeter der Moskauer Diktatur merken schon heute und werden es je länger je mehr merken, daß Deutschland nicht Rußland und daß die Unabhängige Sozialdemokratie nicht so leicht zu zerstören ist.

Die Unabhängige Sozialdemokratie lebt, und die Geschichte des Sozialismus liegen wie vor Halle in ihrer Hand. Und sie wird die Kraft zur Erfüllung ihrer Aufgabe finden, wenn jedes ihrer Glieder seine Pflicht tut.

Einen Tag des Jornes wollen wir uns sehen: Des Jornes über all das, was verfauldet, was vertan; was zerklüftet, was zerstört wurde. Einen Tag des Jornes, der uns die Fäuste ballen und uns die Glieder straffen soll.

Sie straffen soll zu neuer, entschlossener Arbeit! In jähem, unablässigem Kampfe für die Revolution. Zum Kampf, der nicht im Drehen billiger radikaler Phrasen besteht, sondern im pflichtgetreuen Wirken, dem auch das Kleine und Unscheinbare nicht zu gering ist. Wir alle können alle Tage für die Revolution kämpfen, indem wir die Tagesarbeit für unsere Sache tun, ohne über sie das große Ziel aus dem Auge zu verlieren, wissend, daß ohne das Kleine das Große nicht werden kann. Revolutionär sein, das heißt die Sache des Proletariats verteidigen, wo sich ein Gegner stellt. In der Werkstatt, in der Gewerkschaft, in der Partei